

Februar
 Sonnabend
 19 Uhr
 Pique Dame
 r. 2684-2688
 19.30 Uhr
 Philoxer, der
 unge Gelernte
 r. 8379-8418
 19.50 Uhr
 Die Frau,
 die jeder sucht
 r. 4081-4147
 19.45 Uhr
 Das Geld
 der Straße
 r. 401-480
 20 Uhr
 Friederike
 20 Uhr
 Kascolichen

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
 Bei Bezugshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
 Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (mit Haus 2,50 M., halbjährlich 12,25 M., durch die Post bezogen monatl. 2,20 M., ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbahnhöfstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18596 / Dresdner Verlagsgesellschaft
 Schriftleitung: Dresden-L., Mittelbahnhöfstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtnachrichtl. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
 Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeit an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Mittelbahnhöfstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorkauf oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 18. Februar 1929

Nummer 41

Koalitionsschacher und Panzerkreuzerbau

Hermann Müllers Handel um Ministerfessel — Amerikanische Kriegsvorbereitungen

KPD-Minister für zweite Panzerkreuzerrate

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichsrat beginnt heute mit der Beratung des Hilfeding-Gesetzes, das auch die 2. Rate für den Panzerkreuzerbau enthält. Trotz aller Beschlüsse sozialdemokratischer Konferenzen und Mitgliederparlamenten haben bekanntlich die sozialdemokratischen Minister dem Etat und der zweiten Rate für den Panzerkreuzer A ihre Zustimmung gegeben.

Wie wir jüngst erfahren, hat das Preussenkabinett, in Gegenwart von Otto Braun und Griebnitz, ebenfalls einstimmig beschlossen, für die zweite Rate für den Panzerkreuzerbau zu stimmen. Die preussischen Führer im Reichsrat wurden dementsprechend instruiert. Auch die übrigen sozialdemokratischen Koalitionsregierungen in Braunschweig, Mecklenburg, Hessen, Baden usw. werden sich diesem Vorgehen der preussischen Regierung anschließen, so daß im Reichswehrministerium erwartet wird, daß der Panzerkreuzer im Reichsrat ohne jede Schwierigkeit bewilligt werden wird.

Trotzdem sich die sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Versammlungen fast einstimmig gegen das Mehrprogramm der Dittmann und Genossen ausgesprochen haben, werden die sozialdemokratischen Minister jede von der Bourgeoisie verlangte Summe für Rüstungszwecke bewilligen. Die Zustimmung zur zweiten Panzerkreuzerrate durch die sozialdemokratischen Führer mit einem Massenprotest der sozialdemokratischen Arbeiter auslösen und sie zwingen, gemeinsam mit den Kommunisten gegen alle imperialistischen Pläne zu kämpfen.

Der Schacher geht weiter

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Diese Woche werden die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition im Reich wieder aufgenommen. Ihnen voraus gehen Verhandlungen zur Umbildung der preussischen Regierung. Vorher soll eine Aussprache zwischen den Parteiführern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei stattfinden.

Wiederzusammentritt des Reichstages

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichstag tritt nach der Fastenpause heute wieder zusammen. Nicht zur Beratung des unglücklichen Hilfeding-Gesetzes oder der durch die Kältemesse verhärteten Rostlage der werktätigen Massen resp. der zur Vindierung dieser Not von den Kommunisten gestellten Anträge, sondern heute und morgen soll die Frage der Kleinrentner und Mittwoch und Donnerstag die Anträge und Interpellation über die Verkehrsminister oder besser Verkehrsminister auf der Eisenbahn beraten werden.

Ueber die durch die Enteignungs- und Inflationspolitik der Truhs und Banken verelendeten Kleinrentner wird ohne Zweifel weder sehr viel geredet und geschmäht werden. Aber gehoffen wird nicht, weil für diese verarmten Mittelschichten genau so wenig Geld vorhanden ist wie für die Erwerbslosen. Genau so wird es gehen mit der Beratung der Sicherheit des Eisenbahnverkehrs. Man wird wieder allerlei versprechen, aber geändert wird das Dopfmüllersystem nicht.

Die Aufgaben nach der Bezirkspartei-arbeiter-Konferenz

Am Sonntag, dem 17. Februar, fand in Dresden im Künstlerhaus unsere Bezirkspartei-Konferenz statt. Die Parteiarbeiter Ostfachsens, vor allem die führenden kommunistischen Gewerkschaftsarbeiter, kamen zusammen, um in unserer Massenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft Stellung zu nehmen. Es galt, die brennenden Fragen der Wirtschaftskämpfe zu der Herausbildung selbständiger Kampfführungen, zu den Betriebsratemahlen, und unsere Strategie und Taktik in diesen Kämpfen durchzuarbeiten.

Die ostfächsische Parteiarbeiterkonferenz zeigte besonders durch die einheitliche Auffassung der Diskussionsredner über das Referat des Genossen Hedert, der zu den Beschlüssen des Zentralkomitees vom 24. und 25. Januar und der Reichsparteiarbeiterkonferenz vom 26. und 27. Januar und der Anwendung der Linie des 4. KGV und des 6. Weltkongresses sprach, daß sich die ostfächsische Parteimitgliedschaft hinter die Beschlüsse der Partei stellt. Nur ein Genosse (Weinhold) war auf der Konferenz, der gegen die Entschließung der KPD stimmte, es aber vorzog, in der Diskussion zu schweigen. Die Aufgabe der 200 Genossen, die an der Konferenz teilnahmen, ist es, die Lehren der Arbeitskämpfe, wie sie sich im Reichsmittelbau gezeigt haben, insbesondere die Lehren der Bewegungen der Ruhr-Metallarbeiter, Hamburger Eisenarbeiter, West- und Textilarbeiter den breiten Mitgliedergruppen aufzuzeigen, die Beschlüsse der Partei zu konkretisieren und sie im Bezirk Ostfachsen auszuwerten und anzuwenden.

Die Verschärfung der Klassengegensätze, die wachsenden Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum bringen eine häßliche Verschärfung des Gegensatzes zwischen Reformismus und Klassenkampf mit sich. In dieser Zeit geht gleichzeitig mit der steigenden Zahl der Wirtschaftskämpfe ein immer härteres Zusammenarbeiten des Dreihundes: Unternehmer, Staat und Gewerkschaftsbürokratie, sowie eine schnellere Entlohnung der reformistischen Gewerkschaftsführer vor sich. Wenn einerseits die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbürokratie immer enger mit dem kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsapparat vermischt, so bedingt das andererseits für die revolutionäre Arbeiterklasse die einheitliche Kampffront aller in den Betrieben Beschäftigten unter selbstgewählten Leitungen aufzurichten, um so von sich aus die Kämpfe zu organisieren und zu führen gegen den kapitalistischen Staat, gegen das Unternehmertum und gegen die verästelte Gewerkschaftsbürokratie.

In engster Verbindung mit der Stellungnahme zu den betrieblichen Kampfaktionen für die Wirtschaftskämpfe gilt es, die Rolle der Unorganisierten eingehend zu analysieren. Dies um so mehr, da auch in Ostfachsen, trotzdem es der Bezirk mit stärkster gewerkschaftlicher Organisation ist, entscheidende Betriebe, vor allem in der gesamten Textilindustrie, sehr oft weit über die Hälfte Unorganisierte aufweisen. Will die ostfächsische Partei ihren Aufgaben gerecht werden, dann muß ein enges Zusammenarbeiten mit den revolutionären, Klassenbewußten Teil der Unorganisierten erreicht werden. Angesichts der rückwärtigen Unternehmensrenten und der wachsenden Krisenperiode bildet die richtige Stellungnahme der Partei zu den Unorganisierten und zu der Frage der Kampfaktionen und die richtige Anwendung der Beschlüsse des 4. KGV-Kongresses und des 6. Weltkongresses die Voraussetzung, um auch hier in unserem Bezirk die notwendige revolutionäre Front aufzurichten.

In Ostfachsen steht eine Reihe wichtiger Wirtschaftskämpfe bevor.

Nachdem die Textilarbeiterbewegung durch den klaren Botschaft der Reformisten beendet, sowie die nach dem Schiedspruch ausgebrochenen betrieblichen Kämpfe abgewirgt worden sind, nachdem die außerordentlich günstigen Positionen bei der Dresdner Holzwarenindustrie nicht ausgenutzt wurden, da eine freie Vereinbarung ohne Bestrafen der Arbeiterkraft im Funktionärskörper die Zustimmung fand, erledigte jedoch die Gewerkschaftsbürokratie des Verkehrsverbundes und des Gemeindefacharbeiterverbandes die Bewegung der schächlichen Eisenbahner und Gemeindefacharbeiter. Die bedeutungsvolle kommende Bewegung wird der Konflikt in der Metallindustrie sein. Doch so, wie bekannt wird, daß nachdem die Gewerkschaftsbürokratie des Holzarbeiterverbandes die Lohnsätze für 120.000 Holzarbeiter im Reichsmittelbau nicht gekündigt hat, die Unternehmer die Kündigung einreichten, so sind im Bezirk der Ostfachsen die Arbeiter der schächlichen Metallindustriellen zur Kündigung des Lohnsatzes der Metallarbeiter übergegangen.

Die Bauarbeiter und Zimmerer stehen vor dem Abschluß eines neuen Reichsmittelbaues. Auch der Lohnsatz der Bauarbeiter läuft am 31. März ab. Die Buchdrucker, die graphischen Hilfsarbeiter, die Buchbinder, die Kartonnagenindustrie, die Eisenbahner, die Glasarbeiter, die chemische und Papierindustrie, die fermetische Industrie und die Jiggenarbeiter haben bereits

Neue Kriegsvorbereitungen Amerikas

Washington, 18. Februar. (Europa-Press.)

Die Armeekommission des Repräsentantenhauses wird im nächsten Plenum einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den der Kriegsminister ermächtigt wird, gewisse industrielle Werke in Friedenszeiten mit den zur Herstellung von Waffen und Munition erforderlichen Maschinen und Materialien, sowie mit dem mit der Fabrikation von Kriegsmaterial besonders vertrauten Personal auszurüsten. Auf diese Weise soll die Mobilisierung der amerikanischen Industrie innerhalb weniger Stunden nach einer Kriegserklärung gesichert werden. Der Gesetzentwurf stellt dem Kriegsminister jährlich einen Kredit von 1,2 Millionen Dollar zur Verfügung, um die nötigen Verträge mit Industriellen abzuschließen.

Massenprozeß gegen revolutionäre Arbeiter in Amerika

New York, 16. Februar. (Inprekorrmeldung.)

Am 18. Februar beginnt vor dem Berufungsgericht des Bundesstaates Massachusetts der große Prozeß gegen 662 Teilnehmer am letztjährigen Textilarbeiterstreik von New Bedford, die gegen ihre Verurteilung wegen Streikpostenstreichen Berufung eingelegt haben. Gleichzeitig findet auch der Prozeß gegen 26 Führer des revolutionären Verbandes der Textilarbeiter und anderer revolutionärer Organisationen wegen Verschwörung zum Streikpostenstreichen statt. Es handelt sich hier um Verurteilung der revolutionären Gewerkschaften zu erschweren. Die Sektion der Internationalen Roten Hilfe der USA hat Rechtsbeihilfe gestellt.

Neuer militärischer Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien

Washington, 18. Februar.

Dem Staatsdepartement wurde von dem paraguayischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß nach zuverlässigen Meldungen, die die paraguayische Regierung erhalten habe, die bolivianischen Truppen besonders im Gran-Chaco-Gebiet eine lebhaftere Befestigung vorbereiten. Die paraguayischen Truppen befürchteten, daß die im Gran-Chaco-Gebiet befindlichen paraguayischen Truppen unter Vermeidung gezwungen sein könnten, sich gegen die bolivianischen Angriffe zu verteidigen, wodurch es trotz der Schiedsgerichts-

tätigkeit der panamerikanischen Konferenz zu einem neuen militärischen Konflikt kommen könnte.

Aman Allah befehligt seine Stellung

Moskau, 16. Februar. (Inprekorr.)

Wie aus Ternes von der albanischen Grenze berichtet wird, fanden in vielen Städten der nordalbanischen Provinzen zahlreiche Sympathieversammlungen für Aman Allah statt. In Mariani Scheriff und Sanabad tauchten in der letzten Zeit Emirs Beschlüsse Solans auf, deren Propaganda die Sanabader Behörden mit 250.000 Lira nicht energisch genug entgegengetreten.

Nach einer Meldung aus Kabul sind unter der Befehlsherrung von Kujistan infolge der Plünderungen und der von den Agenten Pascha Solans mit großer Härte durchgeführten Mobilisation Unruhen ausgebrochen.

Wie aus Djelalabad berichtet, ist ein kleiner Teil der auf Kabul vorrückenden Truppen Ali Achmed Khans zu Pascha Solans übergegangen. Infolgedessen haben die Führer der Schimbari- und Kujistani-Stämme die Truppen teilweise entlassen.

Zur Beilegung der Berührung der Differenzen zwischen den Stämmen und zur Ausarbeitung des weiteren Kampfpianes gegen Kabul wurde im Dorje Kaba bei Djelalabad die „Dirga“ (Versammlung von Delegierten der Stämme) dringlich einberufen.

Massenentlassungen bei Bemberg

Wie uns aus Barmen berichtet wird, will die Direktion der Bemberg-WG die Werke Barmen-Rittershausen schließen und damit 1190 Arbeiter auf die Straße werfen. Nach den ungeheuren Rationalisierungsmassnahmen gerade bei Bemberg, die den Millionen-Absatzverlust einbrachten, wird die jetzige Säuberung wiederum mit Umbaumassnahmen und Spezialisierung des Betriebes begründet. Desgleichen plant man die Einrichtung von Versuchswerkstätten, die der Fortwicklung der weiteren Rationalisierung des Betriebes dienen sollen.

Bemberg hat in der letzten Generalversammlung 14 Prozent Dividende verteilt, außerdem seinen Aktionären neue Aktienpakete weit unter dem Kurs zum Geschenk gemacht. Der Rückgang des Aufschlagsrates teilte in dieser Versammlung mit, daß sich die Produktion im letzten Jahre trotz Kurzarbeit und trotz Entlassung von etwa 800 Arbeitern und Arbeiterinnen verdoppelt habe. Dies war nur möglich durch rückwärtige Rationalisierung des Betriebes. Jetzt wird weiter rationalisiert. Das bedeutet neuen erheblichen Gewinn für die Bemberg-Unternehmer und noch größere Leid und Entbehrungen für die dortigen Textilarbeiter.